

# Berlin: Mit Steuergeldern gegen Pro Reli



Am Sonntag ist in Berlin Volksabstimmung. Es geht darum, das vom PDSPD-Senat eingeführte Pflichtfach „Ethik“ zugunsten einer Wahlfreiheit zwischen „Ethik“ und „Religion“ wieder abzuschaffen. Jetzt schaltete der Senat großformatige Anzeigen mit Steuermitteln gegen die von Kirchen, jüdischen Verbänden und zahlreichen Prominenten unterstützte Initiative „Pro Reli„. Unrechtsbewusstsein hat man dabei keins. Schließlich habe man ja nicht so viel Geld wie „Pro Reli“. (Foto: Günter Jauch, der sich für sein „Pro Reli“-Engagement den Zorn des Party-Großmeisters zugezogen hat)

Senatssprecher Meng argumentiert, dass „Pro Reli“ eine mehrfach sechsstellige Summe einsetzen könnte, der der Senat lediglich 25.000 € entgegensetzen würde. Das sei schließlich legitim, belehrt er uns in typisch linker Selbstbedienungsmentalität. Denn da man nicht, wie „Pro Reli“ mit Argumenten Sponsoren für die eigene Position anwerben kann, muss man eben auf unfreiwillige „Spender“ (Neusprech für Steuerzahler) zugreifen.

*Die Bürgerinitiative „Pro Reli“ prüft wegen der Senatsanzeige rechtliche Schritte. Es sei skandalös, dass diese mit Steuermitteln finanziert würden, erklärte der Sprecher der Initiative, Christoph Lehmann. Auch die Oppositionsparteien*

*kritisierten die Kampagne. Da „steht eine Bürgerinitiative gegen die SPD-Staatsmaschinerie“, sagte CDU- Chef Frank Henkel. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Martin Lindner sprach von „unanständiger Steuerverschwendung“. Der Senat wies die Kritik zurück. Man sei in diesem Falle parteiisch und habe folglich das Recht, in den Meinungsbildungsprozess einzugreifen, hieß es. Anders als vor Wahlen gebe es keine Neutralitätsverpflichtung. Für kommenden Freitag sind weitere Anzeigen geschaltet.*

Komisch, manchmal fehlen viel geringere Summen, um beispielsweise eine Schultoilette zu reparieren oder einen Vertretungslehrer zu bezahlen. Aber man muss schließlich Prioritäten setzen.

*(Spürnasen: Paula und Juris P.)*